

"Frankreich will sich nicht zu früh binden" in Süddeutsche Zeitung (21. Dezember 1970)

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. DÜRRMEIER, Hans ; Herausgeber HEIGERT, H. 21.12.1970, n° 304. München: Süddeitscjer Verlag GmbH.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"frankreich\\_will\\_sich\\_nicht\\_zu\\_fruh\\_binden"\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_21\\_dezember\\_1970-de-fd0a388f-4dc0-4e4a-b96b-8aa508bb7ea8.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 05/11/2012

## Frankreich will sich nicht zu früh binden

### Als Anfang einer Währungsunion nur praktische Maßnahmen / Ablehnung überstaatlicher Institutionen

Von unserem Korrespondenten Klaus Arnsperger

Paris, im Dezember

Bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der EWG wird Frankreichs Regierung sich auch 1971 jeder Revision der Römischen Verträge widersetzen; vor allem will die Pariser Diplomatie keinesfalls neue Institutionen hinnehmen, mit deren Hilfe die ausschließliche Entscheidungsbefugnis der eigenen Regierung in währungspolitischen und fiskalischen Fragen beschnitten würde. Mit diesen Informationen aus französischen Regierungskreisen läßt sich die Befürchtung zahlreicher EWG-Beobachter in Brüssel untermauern, daß es im Januar 1971, wenn die Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion, dann unter dem Vorsitz von Außenminister Maurice Schumann, wiederaufgenommen werden, zu einer akuten Krise in der EWG kommen könnte.

Von dieser Eventualität hatte bereits der holländische Außenminister Luns auf einer Pariser Tagung des Ministerausschusses des Europarats mit offenkundiger Besorgnis gesprochen. In französischen Regierungskreisen wird allerdings eine so weitgehende Skepsis vorläufig nicht geteilt. Man legt in Paris mehr Nachdruck auf die bisher erzielten gemeinsamen Auffassungen über die Wirtschafts- und Währungsunion. Und im Quai d'Orsay ist man sogar mit dem beschwichtigenden Hinweis zur Hand, bei einigen scheinbar unüberbrückbaren Differenzen zwischen Frankreich und seinen EWG-Partnern handele es sich wohl mehr um Unterschiede im Vokabular als um grundsätzlich verschiedene Meinungen.

In der offiziellen Interpretation der französischen Europapolitik stellen sich die Aussichten für baldige Fortschritte vielmehr unverändert günstig dar: Frankreich habe keineswegs dem bei der Haager Konferenz vom 2. Dezember 1969 postulierten Ziel einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion abgeschworen; nach wie vor stehe die französische Außenpolitik auch zu dem von Präsident Pompidou definierten Grundsatz, daß Frankreich in der Europapolitik so weit zu gehen bereit sei wie seine Partner. Aus der Perspektive der für die französische Europapolitik Verantwortlichen, erhebt sich allerdings nach den jüngsten Brüsseler Verhandlungen die Frage, ob die Gemeinsamkeit der Ziele zwangsläufig auch eine Identität der Auffassungen darüber voraussetzt, mit welchen Methoden und Institutionen die Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft zu verwirklichen ist.

Für die französische Regierung scheint es heute eine der europäischen Kernfragen zu sein, ob die etwa für 1980 vorgesehene Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft sich jetzt schon, noch ehe sie in ihre erste Phase tritt, neue Institutionen in der EWG schaffen und damit eine Revision der Römischen Verträge erzwingen soll. Die von Frankreichs EWG-Partnern, allen voran von der Bundesrepublik und den Niederlanden, gewünschte Einrichtung einer supranationalen Behörde mit Exekutivvollmachten in der europäischen Währungs-, Kredit, und Haushaltspolitik erscheint der französischen Regierung unter den derzeitigen Bedingungen als ein neuer Anschlag auf die nationalen Souveränitätsrechte. Nicht nur Präsident Pompidou, der in dieser Hinsicht sehr weit auf den starken Flügel der orthodoxen Gaullisten Rücksicht nehmen muß, sondern auch Außenminister Schumann und vor allem Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing sind entschiedene Gegner einer bindenden Festlegung Frankreichs schon zum jetzigen Zeitpunkt.

Nach offizieller Auslegung der französischen Haltung in Brüssel stünde es im Widerspruch zu aller Logik, wenn Paris sich jetzt bereits in einen nicht mehr rückgängig zu machenden Umwandlungsprozeß der EWG einließe, dessen Mechanismus erst in etwa zehn Jahren voll in Kraft treten soll, zu einer Zeit also, zu der die EWG nach aller Voraussicht um mehrere Mitgliedstaaten erweitert sein wird und ihre wirtschaftliche und politische Orientierung unter Umständen anders sein könnte als heute. Tatsächlich ist der Kern des französischen Widerstandes gegen einen auf lange Frist geplanten Mechanismus darin zu suchen, daß Frankreich auf diese Weise immer häufiger in Situationen gebracht würde, in denen die Entscheidungsbefugnisse seiner eigenen Regierung zugunsten einer supranationalen Institution

eingeschränkt oder sogar völlig aufgehoben sein könnte.

Frankreichs Regierung sieht eine der wichtigsten aktuellen Aufgaben der Wirtschafts- und Währungsunion in gemeinsamen Aktionen der Sechs gegen die durch den laufenden Dollarzufluß nach Europa immer mehr wachsende Inflationsgefahr. Die Pariser Europa-Diplomatie wird deshalb im kommenden Jahr ihre Anstrengungen darauf konzentrieren, eine engere Koordination der bereits bestehenden Körperschaften im Gemeinsamen Markt zu erreichen. Die am 1. Januar 1971 beginnende, auf drei Jahre veranschlagte erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion, wie sie vor einem Jahr in Den Haag beschlossen wurde, soll nach französischen Vorstellungen dazu dienen, das bereits Erreichte in der EWG zu festigen und voll funktionsfähig zu machen.

In diesem Zusammenhang ist das französische Streben auffallend, alle Fragen der Institutionen nach Möglichkeit außer Diskussion zu lassen und sich auf praktische Maßnahmen zu beschränken. Dazu gehören nach Pariser Auffassung eine stärkere Koordinierung der öffentlichen Finanzpolitik aller Mitgliedsstaaten, die Fixierung der bisher schwankenden Wechselkurse unter den europäischen Währungen und die Koordinierung der Kreditpolitik. Vor allem Finanz- und Wirtschaftsminister Giscard d'Estaing ist ein entschiedener Gegner eines bereits jetzt institutionalisierten Zusammenschlusses in einer Wirtschafts- und Währungsunion. Da bis jetzt die Steuer-, Industrie- und Wirtschaftsstrukturen in den Mitgliedsstaaten der EWG noch wenig harmonisiert sind, hält gerade Frankreichs mächtigster Ressortminister es für eine Utopie, im Vorgriff auf eine unbekannt Zukunft die Struktur der EWG ändern zu wollen. Gerade im Hinblick auf die laufenden Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien ist in Paris zur Zeit das Argument zu hören, der EWG stünde es schlecht an, die Römischen Verträge ausgerechnet zu einem Zeitpunkt in Frage zu stellen, an dem man von den Briten die strenge Respektierung eben dieser Verträge verlange.